



WELP & PARTNER • Ludwigsluster Str. 20-22 • 19306 Neustadt-Glewe

Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt  
Westmecklenburg  
Bleicher Ufer 13

19053 Schwerin



- vorab per Fax 0385 / 59 58 6 – 570-

**Managementplan für das Europäische Vogelschutzgebiet DE 2235-402**  
**"Schweriner Seen"**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in vorbezeichneter Angelegenheit zeigen wir an, dass uns die nachfolgenden Landwirtschaftsbetriebe, deren Vertreter und Grundeigentümer:

1. Gut Neu Schlagsdorf / Herr Walter Huning  
Speicherstraße 5a, 19067 Neu-Schlagsdorf
2. Gut Kleefeld / Herr Gösta Schaper  
Gut Kleefeld, 19067 Kleefeld
3. Gut Liessow GbR / vertreten durch Herrn Henrik Oevermann  
Schweriner Straße 1 a, 19067 Liessow
4. Betriebsgemeinschaft Hof Leezen GbR / vertreten durch  
Herrn Hans Berckemeyer  
Zittower Straße 2, 19067 Leezen
5. Produktivgenossenschaft Leezen eG / vertreten durch Herrn Detlef Hönicke  
An der Galline 14, 19067 Leezen

**Gert Welp**

Fachanwalt für Agrarrecht

**Claudia Uthhoff**

Fachanwältin für Verkehrsrecht

Ludwigsluster Str. 20-22  
19306 Neustadt-Glewe

Telefon (038757) 518 - 0  
Telefax (038757) 518 - 20

info@welp-partner.de

Bearbeiter: RAIN Uthhoff RA  
Welp

Sekretariat: Fr. Hinzmann, co

Datum: 31.07.2015

Bitte stets angeben:

**247/15**

**U01**

**D4/1071-15**

www.welp-partner.de

Deutsche Bank AG  
DE78 1307 0000 0309 0099 00  
BIC: DEUTDEBRXXX

Volksbank Bie-Gütersloh eG  
DE77 4786 0125 0429 5555 00  
BIC: VBGTDE3MXXX

Sparkasse Meckl. Schwerin  
DE75 1405 2000 1540 0036 00  
BIC: NOLADE21LWL



mit der Wahrnehmung ihrer rechtlichen Interessen beauftragt haben.  
Vollmachtskopien **anbei**.

Unserer Beauftragung zu Grunde liegt die Betroffenheit unserer Mandanten als Grundeigentümer und in ihrer Eigenschaft als Jäger und Jagdausübungsberechtigte durch die Maßnahmen des oben genannten Managementplanes. Namens und im Auftrage unserer Mandanten legen wir

### WIDERSPRUCH

zu der Maßnahmenplanung (Teil II des Planentwurfes) ein, soweit diese vor allem jagdliche Belange betreffen und nehmen zu der Maßnahmenplanung nachstehend wie folgt Stellung:

#### I.

Die Betroffenheit unserer Mandanten in Ihrer Eigenschaft als Grundeigentümer von Jagdflächen, Jägern und Jagdausübungsberechtigten ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

	Gut Neu Schlagsdorf/ Walter Huning	Gut Kleefeld / Gösta Schaper	Gut Liessow GbR	Betriebsgemeinschaft Hof Leezen GbR	PG Leezen
Jagdfläche insgesamt	1.365 ha	980 ha	550 ha	791 ha	1.300 ha
Davon im Schutzgebiet	1.365 ha	120 ha	280 ha	541 ha	461 ha
Betroffen von Maßnahmen	0005_1 0011_1 0012_1 0016_1 0016_1 0016_2 0020_1 0022_1 0032_1 0096_1 0099_1 0105_1 0106_1 0106_1 0109_1 0111_1 0114_1	0093_1-S 0095_1-S 0229_1-S 0230_1-S 0314_1-S	0004_1 Sr 0006_1 Sp 0016_1 Sr 0016_2wEa 0113_1 Sr 0203_Sr 0204_1 Sr 0208_1 Sr 0220_1 Sr 0221_1 Sr 0228_1 Sr 0231_1 Sr 0312_1 Sr	00009-1 00010-1 00015-1 00135-1 00164-1	0002-1 SR 0009-1 SR 0010-1 SR 0011-1 SR 0016-1 SR 0016-2 WEA 0064-2 WER 0064-1 SR 0122-1 SR 0131-1 SR 0157-1 SR 0170-1 SR 0304-1 SR



0121_1				
0126_1				
0146_1				
0148_1				
0154_1				
0188_1				
0190_1				
0192_1				
0195_1				
0197_1				
0203_1				
0204_1				
0205_1				
0207_1				
0207_1				
0208_1				
0208_1				
0208_1				
0232_1				
0233_1				
0234_1				
0237_1				
0241_1				
0276_1				
0327_1				
0331_1				

Die Erfahrungen bei der Ausweisung von Schutzgebieten haben bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass die Mitwirkung von Grundeigentümern und Jagdausübungsberechtigten während des gesamten Verfahrens zwingend notwendig ist. Ordnungsgemäße Jagdausübung entspricht grundsätzlich den Anforderungen des Naturschutzes. Das Jagdrecht erlaubt nicht nur die Nutzung natürlicher Ressourcen, sondern verpflichtet zugleich zur Hege, d. h. zum Biotop- und Artenschutz (§ 1 BJagdG). In diesem Zusammenhang wurden die Interessen und Belange der Jagd im Rahmen der Managementplanung vorgesehenen Öffentlichkeitsbeteiligung nicht (hinreichend) berücksichtigt, so dass von einer unzureichenden Abstimmung der Maßnahmen mit unter Umständen weitreichenden Folgen bei der Umsetzung auszugehen ist.

Aus jagdlicher Sicht sind sämtliche Flächen der freien Landschaft zunächst grundsätzlich gleichwertig zu behandeln. Im Vorliegenden ergeben sich aus dem speziellen Schutzzweck Differenzierungen. Grundsätzlich ist die ordnungsgemäße Jagdausübung in Schutzgebieten zulässig. Unter





Berücksichtigung der bereits in den einzelnen Landschaftsschutzgebietsverordnungen ausgewiesenen Schutzzwecke wird deutlich, dass nur ausnahmsweise Gründe zur zusätzlichen Reglementierung der Jagdausübung bestehen können. So ist es beispielsweise zum Schutz von Brutkolonien nicht notwendig, die Jagd in der Zeit zu beschränken, in der die betroffenen Vögel sich auf dem Vogelzug in anderen Ländern befinden.

Das gleiche gilt für die in allen Landschaftsschutzgebietsverordnungen aufgenommene Regelung, die Errichtung jedweder jagdlichen Einrichtungen von einer Genehmigung abhängig zu machen.

Unsere Mandanten sind im Zusammenhang mit dem Erlass dieser Verordnungen weder vorher aufgeklärt noch angehört worden. Das gleiche gilt für den unsere Mandanten wie auch alle anderen betroffenen Jagdausübungsberechtigten vertretenden Landesjagdverband Mecklenburg-Vorpommern eV.

Im Rahmen einer ordnungsgemäße Anhörung wäre nämlich die Genehmigungspflicht, bzw. Antragstellungspflicht im Zusammenhang mit der Errichtung von jagdlichen Einrichtungen problematisiert worden. Es gilt deshalb im Rahmen dieses nunmehr in Rede stehenden Managementplanes hier praxisgerecht gegenzusteuern.

So ist es aus Gründen der Sicherheit z. B. unerlässlich und hat insoweit auch im Zusammenhang mit Erntejagden seinen Niederschlag in der Jagd- und Schonzeitenverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern gefunden, dass die Jagd zwingend nur von erhöhten jagdlichen Einrichtungen auszuüben ist. Eine derartige Erntejagd findet aber quasi auf Zuruf statt, weil nicht zuvor geplant werden kann, wann der jeweilige Landwirtschaftsbetrieb mit der Ernte der aufstehenden Kulturen beginnt und überdies eine Erntejagd dann keinen Sinn macht, wenn in den entsprechenden Kulturen gar kein Wild steht.



Aus diesem Grunde ist die vorgesehene Antragstellung schon völlig praxisfremd, da nicht in Blaue hinein ein Antrag gestellt werden kann, wenn nicht einmal klar ist, wann zu welcher Zeit an welchen Orten jagdliche Einrichtungen aufgestellt werden müssen. Der Standort ist nämlich dann wieder abhängig davon, wo mit dem Mähdrusch oder dem Häckseln begonnen wird. Es kann also sein, dass in dem einen Jahr der Standort dieser mobilen Ansitzeinrichtungen an ganz anderer Stelle erforderlich ist, als in dem Folgejahr usw.. Die Jagdausübung ist also schon durch die genannten Landschaftsschutzgebietsatzungen erheblich eingeschränkt. An dieser Stelle kann, wie bereits ausgeführt, nur nochmals angeregt werden, hier in Abstimmung mit den Betroffenen Änderungen vorzunehmen, zumal das Land Mecklenburg-Vorpommern ohnehin weitere Flächen an die EU nachgemeldet hat, bzw. nachmelden wird und deshalb die Landschaftsschutzgebietsatzungen ohnehin zu überarbeiten sind.

Nach diesseitiger Auffassung kann durch verschiedene der geplanten Maßnahmen der Managementplanung eine zukünftige weitere Einschränkung der Jagdausübung bis hin zu einem vollständigen Jagdverbot auf einer Vielzahl von Flächen nicht ausgeschlossen werden.

Das Jagdrecht steht grundsätzlich dem Eigentümer von Grund und Boden zu und ist mit diesem untrennbar verbunden. Das Jagdrecht ist Ausfluss des Grundeigentums und genießt den Schutz des Artikels 14 GG. Die Einschränkungen in der Jagdausübung und gar ein Jagdverbot greifen in die Rechte des Jagdausübungsberechtigten ein. Unsere Mandanten sind daher als Grundeigentümer und Inhaber von Eigenjagdbezirken primär von einzelnen Maßnahmen der Managementplanung betroffen.

Sofern den Eigentümern durch Unterschützstellung Beschränkungen ihrer Nutzungsrechte in einem Ausmaß auferlegt werden, die über die Sozialbindung des Eigentums hinausgehen, sind diese zu entschädigen um Vermögensnachteile auszugleichen. Auch bei Beschränkungen innerhalb der Grenzen der Sozialbindung sind im Falle der Unzumutbarkeit angemessene



Ausgleichszahlungen zu leisten. Entschädigungsregelungen hierzu sind aber nicht einmal ansatzweise vorgesehen.

Die Jagd muss auch in Schutzgebieten zugelassen bleiben. Dies gilt umso mehr, als im Rahmen des Managementplanes nunmehr ein 500 m Streifen um die vorgenannten Schutzgebiete als Kohärenzflächen ausgewiesen wird, für den offensichtlich die gleichen Beschränkungen gelten sollen wie in den Schutzgebieten selbst. Die Hege hat die Erhaltung eines den landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnissen angepassten artenreichen und gesunden Wildbestandes sowie die Pflege und Sicherung seiner Lebensgrundlagen zum Ziel. Sie muss auch künftig so durchgeführt werden können, dass Beeinträchtigungen einer ordnungsgemäßen land-, forst- und fischerwirtschaftlichen Nutzung, insbesondere Wildschäden, möglichst vermieden werden (§ 1 Abs. 2 BJagdG). Diese Grundsätze gelten für alle Lebensräume unabhängig von ihrer Nutzungsart. Die ordnungsgemäße Jagdausübung gewährleistet diese Hegeziele.

Vielfach sind Eingriffe in Wildtierpopulationen gerade auch in Schutzgebieten notwendig, dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit der Prädatorenbejagung. Gerade durch die Neozonen, Waschbär, Marderhund und Mink, wird der Bruterfolg der ansonsten aufwendig zu schützenden Arten erheblich in Frage gestellt, wenn nicht sogar gänzlich verhindert. Dies gilt gleichermaßen für den überhand nehmenden Schwarzwildbestand, mit welchem auf Grund der eingeschränkten bis fehlenden Bejagungsmöglichkeit im Uferbereich bei Umsetzung der geplanten Maßnahmen gerechnet werden muss. Die Ursache-Wirkung-Beziehungen werden aus jagdlicher Sicht überhaupt nicht berücksichtigt, so dass der Erfolg bestimmter geplanter Maßnahmen höchst fragwürdig erscheint. Zielkonflikte zwischen Vogelschutz und anderen Wildtiere sind daher vorprogrammiert.

Im Einzelnen werden daher folgende Maßnahmen angegriffen:





1.)

Im Hinblick auf den Eigenjagdbezirk Gut Neu Schlagsdorf in Bezug auf die Maßnahmen mit den Kennziffern 005\_1, 0011\_1, 0012\_1, 0016\_1, 0016\_2, 0020\_1, 0032\_1, soweit auch dem Jagdausübungsberechtigten aufgegeben wird, störungsarme Röhrichthabitats durch Abstandhalten von Röhricht und anderen Vegetationsgürteln zu schützen. Dieser ganzjährige Schutz führt letztlich auch dazu, dass es dem Jagdausübungsberechtigten untersagt ist, eine Nachsuche auf angeschossenes Wild durchzuführen oder eine Drückjagd auf den völlig ausufernden Schwarzwildbestand im Schilf durchzuführen.

Diese ist jedoch schon aus Seuchenschutzgründen (Afrikanische Schweinepest) gerade auf Schwarzwild unbedingt erforderlich, weshalb in Mecklenburg-Vorpommern als einzigem deutschen Bundesland ein Mindestabschussplan für Schwarzwild eingeführt worden ist, den es von Seiten des Jagdausübungsberechtigten zwingend zu erfüllen gilt. Dieser ihm nach dem Landesjagdgesetz MV obliegenden Verpflichtung kann der Jagdausübungsberechtigte ohne notwendige Bewegungsjagden, bei denen regelmäßig jeweils deutlich mehr als 20 Stück Schwarzwild erlegt werden, jedoch nicht nachkommen.

Dies gilt umso mehr, als die Schutzobjekte zu den Zeiten, zu denen derartige Jagden stattfinden, nämlich im späten Herbst, sich dort gar nicht mehr aufhalten.

Im Rahmen dieser Maßnahmen ist also eine Ausnahmeregelung für die Jagdausübung zwingend erforderlich, diese kann im Hinblick auf Drückjagden zeitlich begrenzt sein, muss aber in jedem Fall die Nachsuche auf angeschossenes Wild ganzjährig zulassen.

Das gleiche gilt im Hinblick auf die Maßnahme 0022\_1, überdies wird auch die Schilfmahd im Verlaufe eines 10-Jahres-Zeitraumes beschränkt, so dass es dem Jagdausübungsberechtigten auch nicht möglich ist, ggfls. Schussschneisen



oder Pirschpfade anzulegen und der Jagdausübungsberechtigte als Eigentümer nicht in der Lage ist, Röhrlicht zu gewerblichen Zwecken zu ernten. Das gleiche gilt auch zur Maßnahme 0126\_1.

Im Rahmen der Maßnahmen 0096\_1, 0099\_1, 015\_1, 0106\_1, 0106\_2, 0109\_1, 0111-1, 0114\_1, 0121-1 wird dem Jagdausübungsberechtigten u. a. der Ausbau von Wegen untersagt. Hier ist bereits unklar, wann es sich um die Unterhaltung oder um einen Ausbau handelt. Gerade ein in Ufernähe schnell einmal durch die Vegetation innerhalb eines Zeitraumes von 2-3 Jahren zuwachsender Weg wird natürlich im Rahmen der Unterhaltung in regelmäßigen Abständen freizuschneiden und im Nachgang einer Benutzung durch Erntefahrzeuge bei schlechtem Wetter immer mal wieder auch zu begradigen sein. Hier ist die Grenze zum Ausbau fließend.

Aufgrund der unscharfen Formulierung ist eine Streichung erforderlich.

Im Rahmen der Maßnahmen 146\_1, 148\_1 und 154\_1 wird im Wesentlichen der Schutz störungsarmer Uferhabitate durch Abstandhalten von Uferbereichen und Ruheplätzen gefordert. Für diese Maßnahmen gilt das gleiche wie für die Maßnahme 0015\_1 bis 0058\_1, da es dem Jagdausübungsberechtigten verwehrt wird, einer ordnungsgemäßen Jagdausübung nachzugehen.

Soweit im Rahmen der Maßnahmen 0188\_1, 0190\_1, 0192\_1, 0195\_1, 0197\_1, 0203\_1, 0204\_1, 0205\_1, 0207\_1, 0208\_1 ebenfalls wieder ein Verbot des Wegeausbaus aufgenommen wird, kann auf die Ausführungen zu der Maßnahme 0146\_1 verwiesen werden.

Das gleiche gilt für die Maßnahmen 0232\_1, 0233\_1, 0234\_1, 0237\_1, aber auch 0242\_1, 0276\_1 sowie 0327\_1 und 331\_1.

2.)

Im Hinblick auf den Eigenjagdbezirk Gut Kleefeld ist festzustellen, dass dieser durch die Maßnahme 0093\_1 insoweit betroffen ist, als dem Jagdausübungsberechtigten ebenfalls das Abstandhalten von Röhrlicht-,





Vegetationsgürteln und Uferbereichen, und zwar ausdrücklich land- und wasserseitig, aufgegeben wird. Dieser ist dadurch ebenfalls gehindert, zum einen die ihm schon nach dem Tierschutzgesetz obliegenden Verpflichtung, angeschossenes Wild nachzusuchen, zu erfüllen und zum anderen natürlich auch die Schwarzwildbejagung dann nicht effektiv durchgeführt werden kann, wenn das sich regelmäßig im Röhricht aufhaltende Schwarzwild nicht im Rahmen einer Bewegungsjagd bejagd werden kann. Dies gilt umso mehr, als die Schutzobjekte zu den Zeiten, zu denen derartige Jagden stattfinden, nämlich im späten Herbst, sich dort gar nicht mehr aufhalten.

Im Rahmen dieser Maßnahmen ist also eine Ausnahmeregelung für die Jagdausübung zwingend erforderlich, diese kann im Hinblick auf Drückjagden zeitlich begrenzt sein, muss aber in jedem Fall die Nachsuche auf angeschossenes Wild ganzjährig zulassen.

Auch der Jagdausübungsberechtigte des Gut Kleefeld wird im Rahmen der Maßnahme 0095\_1 daran gehindert, ggfls. erforderlichen Wegebaumaßnahmen im Rahmen der Unterhaltung auszuführen, da der auch Cross Compliance relevante Vorwurf des Wegeausbaus statt einer Unterhaltung erhoben werden könnte. Aufgrund der Unschärfe der Formulierung ist diese in Bezug auf den „Wegeausbau“ zu streichen.

Der Eigenjagdbezirk Gut Kleefeld ist schließlich gleichermaßen im Rahmen der Maßnahmen 0229\_1, 0230\_1 aber auch 0314\_1 betroffen. Insoweit ist es im Rahmen des Schutzzwecks nur erforderlich, hier in Bezug auf die jeweils zu schützenden Vögel ggfls. zeitliche Beschränkungen aufzunehmen, nicht aber ein generelles Verbot auszusprechen.

3.)

Die Gut Liessow GbR als Jagdausübungsberechtigte wird durch die Maßnahmen 0004\_1, 0006\_1, 0016\_1 ebenfalls bei der Jagdausübung dadurch betroffen, dass von Röhricht Abstand gehalten werden soll, was letztlich dazu



führt, dass sowohl Nachsuchen wie auch Drückjagden aus den zuvor erwähnten Gründen ausgeschlossen werden.

Im Rahmen dieser Maßnahmen ist also eine Ausnahmeregelung für die Jagdausübung zwingend erforderlich, diese kann im Hinblick auf Drückjagden zeitlich begrenzt sein, muss aber in jedem Fall die Nachsuche auf angeschossenes Wild ganzjährig zulassen.

Wie auch in vielen anderen Bereichen des Maßnahmenplanes wird ggfls. schärfer zu formulieren sein, da die Entwurfsverfasser des Managementplanes möglicherweise im Rahmen dieser Maßnahme auch nur Sportboote gemeint haben könnten, Jagdausübungsberechtigte dann auch betroffen sind.

In Bezug auf die Maßnahme 0113\_1, 0203\_1, 0204\_1, 0208\_1, 0220\_1, 0221\_1, 0228\_1, 0231\_1 aber auch 312\_1 ist festzustellen, dass Jagdausübungsberechtigte, wie auch unsere Mandanten als Eigentümer ohne nähere Begründung an der Pflege und Unterhaltung der in ihrem Eigentum stehenden Wege behindert werden sollen. Selbst der Ausbau eines Weges muss einem Jagdausübungsberechtigten wie auch einem Landwirt in Zukunft möglich sein, da sich insbesondere der Platzbedarf für Erntemaschinen im Verlaufe der vergangenen Jahre immer weiter erhöht hat und auch weiter erhöhen wird.

Die Formulierung Wegeausbau ist deshalb in jedem Fall zu streichen.

4.)

Die Betriebsgemeinschaft Hof Leezen GbR ist in gleicher Weise wie unsere anderen Mandanten betroffen. So wird durch die Maßnahmen 00010\_1, 00015\_1 wieder das Abstandhalten von Röhricht und anderen Vegetationsgürteln gefordert, was aus den vorgenannten Gründen gegen jedwede jagdliche Praxis verstößt. Das gleiche gilt im Rahmen der Maßnahme 00135 in Bezug auf das Abstandhalten von der Uferkante, da so ebenfalls eine Bejagung unmöglich gemacht wird. Soweit im Rahmen dieser Maßnahme auch



der Ausbau von Wegen untersagt wird, gilt das bereits hinlänglich zu diesen Punkten Ausgeführte. Das gleiche gilt auch zur Maßnahme 00164\_1.

5)

Der Landwirtschaftsbetrieb PG Leezen ist ebenfalls durch verschiedenste Maßnahmen betroffen. Zwar übt die Genossenschaft die Jagd nicht selbst aus, hat die Eigenjagd jedoch verpachtet und wird insoweit mit Pachtminderungsansprüchen zu rechnen haben, wenn es dem Jagdausübungsberechtigten nicht möglich ist, die Jagd auch künftig weiterhin problemlos ausüben zu können. Dies gilt insbesondere zu den Maßnahmen 0002\_1, 0009\_1, 0010\_1, 0011\_1, 0016\_1 und 0016-2 in Bezug auf den bereits diskutierten Schutz störungsarmer Röhrichthabitats, wobei letztlich an dieser Stelle auch hinterfragt werden muss, ob es bei den Maßnahmen um den Schutz von Brutvogelhabitats oder von Rastvogelhabitats geht, da dieser Unterschied aus dem Kartenwerk nicht erkennbar ist.

Sofern wir also bei der PG Leezen einerseits oder auch den weiteren Betroffenen andererseits zu Maßnahmen vorgetragen haben sollten, die nicht dem Schutz der Brutvogelhabitats gelten, sondern der Rastvogelhabitats, ist festzustellen, dass die durchgängig aufgenommene Forderung eine Vergrämung gestrichen werden muss, da sie absolut sachfremd ist.

Letztlich führt diese Maßnahme zu einem enteignungsgleichen Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Landwirtschaftsbetrieb, da dem Landwirt ein Wildschadensersatzanspruch auf der Grundlage von § 29 Abs. 1 Satz BJagdG nur dann zusteht, wenn der Schaden durch Schalenwild, Kaninchen oder Fasane verursacht worden ist. Vorliegend ist aber festzustellen, dass auf dem Gebiet sämtlicher Eigenjagdbezirke in großem Umfange Höckerschwäne, aber auch Graugänse regelmäßig zu Schaden gehen und dieser Schaden weder durch den Jagdpächter ersetzt werden muss, noch in irgendeiner anderen Art und Weise kompensiert werden kann. Das Vergrämungsverbot führt deshalb letztlich bei allen beteiligten Landwirtschaftsbetrieben zu großen nichtersatzfähigen Schäden.





Überdies führt das Vergrämungsverbot aber auch zu erheblichen Einschränkungen im Rahmen der Bewirtschaftung selbst. So können weder erforderliche Düngermaßnahmen, noch das regelmäßig im Winterhalbjahr erforderliche Steinesammeln durchgeführt werden, wenn die betroffenen Flächen von rastenden Vögeln heimgesucht werden. Regelmäßig „verstecken sich“ aber Sing- oder auch Zwergschwäne in einem großen Schoof von Höckerschwänen, das gleiche gilt für Bläss- und Saatgänse im Rahmen von Graugänsen.

Für alle betroffenen Jagdausübungsberechtigten muss deshalb auf einer Streichung dieser Maßnahme bestanden werden, zumal sie nicht nur auf dem Gebiet des Vogelschutzgebietes, sondern auch darüber hinaus in der Kohärenzzone durchgesetzt werden soll.

Die PG Leezen ist natürlich weiterhin auch durch die Maßnahme 0064\_1 und 0064\_2 betroffen, da hierdurch ebenfalls eine Schwarzwildbejagung erheblich behindert wird. Im Hinblick darauf, dass es offensichtlich um den Schutz von Gänsesägerküken geht, die Schwarzwildbejagung aber im Spätherbst stattfindet, ist auch hier lediglich eine zeitliche Beschränkung angemessen. Das gleiche gilt, soweit im Rahmen der Maßnahme 0131\_1 das Abstandhalten von der Uferkante gefordert wird.

Soweit auch die PG Leezen im Rahmen der Maßnahmen 0122\_1, 0131\_1, 0157\_1, 0170-1 und 0304\_1 daran gehindert wird, vorhandene Wege regelmäßig zu unterhalten, kann auf die diesbezüglichen Ausführungen bei den anderen Jagdausübungsberechtigten Bezug genommen werden.

## II.

Entsprechend dem verbindlichen Fachleitfaden „Managementplanung für Natura 2000 – Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern“ soll die Beteiligung aller Betroffener durch Öffentlichkeitsveranstaltungen und die Einberufung einer begleitenden Arbeitsgruppe aus den in ihren Zuständigkeiten betroffenen



Behörden erfolgen. Im Ergebnis muss jedoch festgestellt werden, dass die Thematik „Jagd“ in der Managementplanung kaum Berücksichtigung findet. Hier besteht auf Grund der unzureichenden Untersuchungen und Feststellungen der Ursache-Wirkung-Beziehungen zwischen Vogelschutzbelangen und Einschränkungen der Jagdausübung ein erheblicher Nachholbedarf in fachlicher Hinsicht.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist ferner maßgeblich von der Zugänglichkeit der veröffentlichten Informationen abhängig. Hierzu bleibt festzustellen, dass geänderte Maßnahmen in der Abschlussveranstaltung am 8. Juli 2015 in der Grundschule Cambs bekannt gegeben wurden und das Protokoll erst in der 30. KW veröffentlicht wurde. Aus Sicht der Betroffenen ist es daher nahezu unmöglich die aus der letzten Informationsveranstaltung gewonnenen Erkenntnisse innerhalb der Stellungnahmefrist bis zum 31.07.2015 hinreichend zu berücksichtigen. Die gesetzlich vorgesehene Öffentlichkeitsbeteiligung wird hierdurch ad absurdum geführt.

Dies ist ein in einem Rechtsstaat nicht hinnehmbarer Zustand.

Mit freundlichen Grüßen

Nach Diktat verreist  
Welp  
Rechtsanwalt

  
Ulthoff  
Rechtsanwältin